

# Die Antworten zu den Wahlprüfsteinen von der CDU NRW

## **1) Wie positionieren Sie sich zu den Planungen eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen? Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, um das geplante Abschiebegefängnis zu verhindern?**

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur die Heimat derjenigen, die hier geboren sind. Wir sind stolz darauf, dass Menschen aus allen Teilen der Welt zu uns ziehen, um hier zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Sie sind uns willkommen. Einwanderung ist gut für Nordrhein-Westfalen. Sie hilft uns demografisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Grundhaltung beinhaltet ein liberales Einwanderungsrecht für die Menschen, die in friedlicher Absicht zu uns kommen. Wir verfolgen gleichzeitig eine Null-Toleranz Politik bei Straftätern und potenziellen Gefährdern. Wichtig ist eine schnelle und effektive Rückführung bzw. Vollstreckung der gerichtlich angeordneten Ausreisepflicht. Ausreisegewahrsam und Abschiebungshaft dienen der Sicherung des effektiven Verfahrens der Abschiebung. Die Unterbringungseinrichtung in der Nähe des Düsseldorfer Flughafens dient der kurzfristigen Unterbringung.

## **2) Schwere Erkrankungen von Geflüchteten werden nicht ausreichend im Asyl- und Aufenthaltsverfahren berücksichtigt. Wie stehen sie zu Abschiebungen, wie sie derzeit ja stattfinden, von kranken und traumatisierten Geflüchtete? Was wollen sie unternehmen, das diese nicht weiter geschehen?**

Wir sind in Nordrhein-Westfalen Motor und Impulsgeber in der Asyl- und Integrationspolitik. Wir stehen für Verbindlichkeit, Pragmatismus und einen klaren Kompass. Dazu gehört die Vermittlung von Arbeit, Bildung, Sprache und Werten. Außerdem setzen wir auf die Schaffung von Bleibeperspektiven für gut integrierte Menschen, die langfristige Finanzierung unserer einzigartigen Integrationsinfrastruktur, eine enge Partnerschaft mit der kommunalen Familie und ein entschiedenes Vorgehen bei der Abschiebung von Gefährdern. Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen. Wir lassen niemanden zurück, der unsere Hilfe und Solidarität benötigt. Wer straffällig wird hat sein Bleiberecht bei uns verwirkt.

## **3) Wie ist ihre Position zu Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen? Wollen sie Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus Arztpraxen und Krankenhäusern verhindern?**

Im Rahmen des Aufenthaltsgesetzes können die Behörden den Verbleib der Flüchtlinge im Ermessenswege weiter dulden, wenn humanitäre oder persönliche Gründe oder ein erhebliches öffentliches Interesse die vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern. Insbesondere unbegleitete Minderjährige erfahren einen besonderen Schutz. Vor einer Abschiebung muss sichergestellt sein, dass der oder die Minderjährige im Rückkehrstaat einer zur Personensorge berechtigten Person übergeben wird. Die Schwachen haben einen Anspruch auf die Solidarität der Starken. Jeder in der Gesellschaft muss seinen Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen. Wer Schutz braucht, bekommt ihn auch, aber: Integration ist und bleibt eine Politik des Forderns und des

Förderns. Wir verlangen aus guten Gründen viel von den Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist es richtig, sie gleichzeitig zu fördern.

**4) Häufig kommt es vor, dass durch Abschiebungen volljährig gewordene Kinder oder einzelne Erziehungsberechtigte abgeschoben und dadurch gewaltsam von ihrer Familie getrennt. Wie stehen sie zu der Praxis, Familien auseinanderzureißen und einzelne Familienmitglieder abzuschieben?**

Bereits in der Vergangenheit und auch weiterhin wirken wir auf eine konsequente und rechtsstaatliche Durchsetzung von Rückführungen bzw. Abschiebungen hin. Wir respektieren und fördern Familien und wollen diese auch nicht grundlos trennen. Kommt es jedoch zu Straftaten muss der Rechtsstaat entsprechend handeln.

**5) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass Abschiebungen nicht als Mittel zur Abschreckung oder sonstiger Symbolpolitik instrumentalisiert werden?**

Grundsätzlich gilt: Jede Straftat muss von den entsprechenden Behörden verfolgt werden. Politik und Justiz machen hierbei keinen Unterschied auf Grund von Abstammung, Sprache oder des Glaubens. Die Abschiebung ist daher kein Mittel der Abschreckung, sondern die Vollstreckung der gerichtlich angeordneten Ausreisepflicht. Unser Land ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Bei uns sollen alle eine Heimat finden, egal wo sie geboren sind. Alle, die zu uns kommen und mit uns und nach unseren Gesetzen und Werten leben, sind eine Bereicherung. Das gehört zur DNA unseres Landes. Damit das so bleibt, haben wir das bundesweit modernste Integrationsgesetz geschaffen und die Kommunen erstmals mit genug Geld für die Integration ausgestattet. Sie ist für uns eine Querschnittsaufgabe: Bildung und Ausbildung, Wirtschaft und Arbeit, Ehrenamt und Sport sind nur einige Beispiele, bei denen Integration in Nordrhein-Westfalen erlebt und erfolgreich gelebt wird. Damit sind wir Vorbild für andere Länder.

**6) Haft sollte laut Gesetz stets nur als ultima ratio angewandt werden. Gleichzeitig schafft Deutschland immer mehr Plätze für Abschiebehaft und ähnliche Haftarten. Was tut ihre Partei, um diesem Trend entgegenzuwirken?**

Die Regeln des Rechtsstaats sind bei Flüchtlingen genauso verbindlich anzuwenden wie in jedem anderen Rechtsgebiet. Wer nach unseren Gesetzen ein Recht auf unseren Schutz hat, bekommt ihn. Wer nicht schutzberechtigt ist, sollte unser Land wieder verlassen. Dabei setzen wir in erster Linie auf die Förderung freiwilliger Ausreisen. Wenn diese Chance nicht genutzt wird, muss das Recht angewendet und Ausreisepflichtige abgeschoben werden. Wir setzen uns für das Beschleunigungsgebot in der Strafverfolgung ein. Die Abschiebungshaft wird zur Sicherung der Abschiebung richterlich angeordnet. Diese kommt insbesondere auch dann zum Tragen, wenn Fluchtgefahr besteht. Erforderliche Voraussetzungen zur Durchführung der Abschiebung müssen spätestens während der Haft geschaffen werden. Eine Verhältnismäßigkeit der Freiheitsentziehung muss dabei stets gegeben sein.

**7) Seit dem ersten Abschiebungshaftvollzugsgesetz in NRW hat es laut Hilfe für Menschen in Abschiebehafte e.V. eine stete Verschlechterung der Haftbedingungen gegeben. Welche Änderungen streben Sie an? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit unabhängigen Beratungsstellen in der Abschiebehafte gestalten?**

Wir haben bereits zu Beginn der Wahlperiode eine Novelle des Gesetzes zur Abschiebungshaft beschlossen. Nach dem aktuellen Stand des Gesetzes über den Vollzug der Abschiebungshaft in Nordrhein-Westfalen stehen den Untergebrachten eine Vielzahl von Freiheiten zu, die die Abschiebungshaft erheblich von der Strafhaft unterscheiden. Wir setzen uns bei gefährlichen Personen für die weitreichende Einschränkung der Bewegungs- und Besuchsmöglichkeiten sowie die Nutzung eigener Mobiltelefone und der Nutzung des Internets ein.

**8) In NRW wird eine einmalige kostenlose Rechtsberatung in der Abschiebehafte angeboten. Diese führt nicht zu einer Vertretung vor Gericht. Verfahrenskostenhilfe wird erst im Verfahren bewilligt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine qualifizierte Vertretung durch Rechtsanwälte stattfindet?**

Zahlreiche Flüchtlingsberatungsstellen unterstützen bei der kostenlosen Beratung und der Erstellung des Rechtsberatungsscheins. Nach Vorlage bei einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt kann dieser dann die Beratungsleistungen über das Amtsgericht abrechnen. Darüber hinaus stellen wir über die Prozesskostenhilfe Möglichkeiten der Kostenübernahme zur Verfügung.